

Aktuelle Informationen  
für kommunale Verwaltungen,  
Landkreise und  
Betriebe – seit 1980

Siehe auch Sonderbeitrag  
„Sauber können, wenn man muss“  
auf den Seiten 38/39



### Verwenden Sie bitte den hausinternen Verteiler!

Denken Sie dabei auch an Ihre Kollegen  
aus den anderen Abteilungen:

- Bürgermeisteramt/Gemeindedirektor
- Geschäftsleitung
- Amt für Abfallwirtschaft/Stadtreinigung
- Amt für öffentliche Ordnung
- Amt für Umwelt und Naturschutz

- Arbeitssicherheitstechnischer Dienst
- Bauhof/Fuhrpark
- Branddirektion/Kommandant  
freiwillige Feuerwehr
- Garten- und Friedhofsamt
- Hauptamt/Zentraler Einkauf
- Hochbauamt/Bauverwaltung

- Kämmerei/Stadtkasse
- Liegenschaftsamt
- Schul- und Kulturamt
- Sozial- und Jugendamt
- Sport- und Bäderamt
- Standesamt
- Straßenverkehrsamt
- Zentrale Datenverarbeitung

Monatsrate

€95<sup>1</sup>

Exklusives  
Leasingangebot  
für kommunale  
Behörden



Abb. zeigt Sonderausstattung.

## DER NEUE CORSA 3-TÜRER

# DIESES ANGEBOT IST AMTLICH.

Entdecken Sie den neuen Opel Corsa als 3-Türer: mit 1.2-Benzinmotor, 51 kW (70 PS) und 5-Gang-Schaltgetriebe. Für eine Monatsrate<sup>1</sup> von nur € 95 (exkl. MwSt.). Und freuen Sie sich auf die Sonderausstattung mit Metallic-Lackierung, Sicht-Paket oder cleverem Parkpiloten mit Einparkhilfe im Heck.

Eine individuelle Beratung und persönliche Betreuung bietet Ihnen das Opel Firmenkundencenter:  
Tel.: 0180 58010<sup>2</sup>, [info@opel-firmenkundencenter.de](mailto:info@opel-firmenkundencenter.de)

[opel.de](http://opel.de)

<sup>1</sup>Leasinggeber ist die ALD Lease Finanz GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg. Leasingvertrag mit € 0 Sonderzahlung, 10.000 Kilometern Laufleistung pro Jahr und 36 Monaten Laufzeit für kommunale Behörden und gleichgestellte Institutionen. Alle Preise verstehen sich zzgl. MwSt. Das Angebot ist bis zum 30.06.2015 befristet. Der vollständige, unterschriebene Leasingvertrag muss bis zum 16.08.2015 bei der ALD Lease Finanz GmbH im Original eingegangen sein. <sup>2</sup>0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min.

Kraftstoffverbrauch innerorts 6,7 l/100 km, außerorts 4,6 l/100 km, kombiniert 5,4 l/100 km; CO<sub>2</sub>-Emission kombiniert 126 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse D





## Energiesparpotenzial der Nichtwohngebäude heben

Mit großer Zustimmung nimmt das Deutsche Energieberater-Netzwerk (DEN) die jüngste Initiative der Bundesregierung zur Kenntnis, sich verstärkt dem Einsparpotenzial von sogenannten Nichtwohngebäuden zu widmen und hier Maßnahmen für mehr Energieeffizienz gezielt zu fördern. „Bisher wurde nur die Sanierung kommunaler Nichtwohngebäude gefördert. Es ist gut, dass diese Förderung jetzt endlich auch auf Produktions- und Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser und weitere Bauten ausgeweitet wird und analog zu den erfolgreichen Programmen im Wohnbereich dieser Gebäude gefördert wird“, kommentiert die Vorstandssprecherin des DEN, Diplom-Ingenieurin Marita Klempnow, den nunmehr verstärkten Dialog zwischen Unternehmen, Kommunen und Gesetzgeber im Anschluss an eine zweitägige Konferenz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in Berlin. Ein Dialog, der meiner Meinung nach schon lange überfällig gewesen ist.

Das Ministerium will künftig zusätzlich rund 200 Millionen Euro für die Unterstützung bei Bau und Sanierung energieeffizienter Nichtwohngebäude zur Verfügung stellen. Mit diesem verstärkten Engagement folgt man Anregungen aus der Praxis, die auch durch das DEN immer wieder in die Gremien in Bund und Ländern eingebracht wurden und werden. Die Bandbreite der Nichtwohngebäude ... und darunter finden sich auch viele kommunale Gebäude – ist enorm, und es ist viel schwerer, hier Standards zu finden,

weil eigentlich jede Immobilie ein Einzelstück mit individuellen technischen Bedingungen ist.

Der Anteil der Nichtwohngebäude am Gesamtbestand in Deutschland liegt bei etwa 10 Prozent. „Allerdings beträgt deren Energieverbrauch gut ein Drittel der im Gebäudesektor benötigten Menge. Vielfach ist nicht die Erzeugung von Wärme, sondern von Kälte das wichtigste Thema. Man denke an große Rechenzentren, deren Maschinen gekühlt werden müssen. Hier schlummert ein riesiges energetisches Einsparpotenzial, insbesondere wenn man solche Gebäude auch im Quartier betrachtet und Synergieeffekte nutzbar macht!“

Bislang haben es viele Unternehmen und Kommunen versäumt, den Energieverbrauch ihrer Immobilien zu überprüfen, weil dessen Kosten in ihrer Gesamtbilanz untergingen. Das muss sich ändern, fordern die Energieberater, was meine volle Unterstützung findet. Denn auch Kommunen müssen ihre Vorbildrolle aktiv wahrnehmen und für ihre Immobilienbestände künftig Daten mit Blick auf ein Energiemanagement erheben. Dann zeigt sich, wo Steuergeld im wahrsten Sinne zum Fenster hinausgeheizt wird. Hier kann die zusätzliche Förderung für mehr Motivation sorgen.“ Allerdings: Wichtig bei solchen Analysen und Energieeffizienz-Konzepten ist es, frühzeitig kompetente Energieberater einzubeziehen. Nichtwohngebäude sind anlagen- und

bautechnisch in aller Regel sehr komplexe Immobilien. Da braucht man ingenieurtechnischen Sachverstand und Kompetenz, wie sie etwa die im Deutschen Energieberater-Netzwerk organisierten Berater mitbringen. Eine Schmalspurausbildung reicht da nicht.

Ich will an dieser Stelle gerne noch einmal Marita Klempnow zu Wort kommen lassen: „Energieeffizienz und Energiesparen ist nicht nur Thema und Aufgabe für Hauslebauer. Bei Unternehmen und bei Kommunen wächst jetzt nach und nach das Bewusstsein, dass sich Energieeffizienz und damit auch Klimaschutz lohnen und auch wirtschaftlich rechnen. Das ist nicht immer kurzfristig der Fall. Über einige Jahre hinweg werden die Klimaschutz-Beiträge energieeffizienter Nichtwohngebäude in der Gesamtbilanz aber sichtbar.“ Und dem ist meiner Meinung nach nichts hinzuzufügen.

Mit herzlichen Grüßen aus Stuttgart

Ihr

Dieter A. Kuberski  
Verleger

## ZEITGESCHEHEN

- 6 „Wir müssen Ängste abbauen“
- 7 Rathäuser mit Leben gefüllt
- 8–9 Aktuelle Meldungen

## SPECIAL: MODERNER BAUHOF/BERUFSBEKLEIDUNG

- 10 Ja, was reißt denn da ein? Nichts!
- 11 Bodenverdichtung mit Akkukraft
- 12 Einkaufen auf die leise Tour
- 14 Das doppelte „Flottchen“
- 16 Rückbau mit Herz und Verstand
- 18–20 Meldungen zum Special
- 21 Schutz für Retter und Helfer
- 22 Berufskleidung? Aber logo!

## DIE REPORTAGE

- 24 Ein Blumenstraß voll Holz

## SCHWERPUNKT: E-GOVERNMENT

- 26 Schriftgut besser gespeichert
- 27 Gästeansprache der direkten Art
- 28 Cloud Computing spart Kosten
- 30 Alle Abteilungen sind eingebunden
- 32 Warteschleife wird aufgeknüpft

## KOMMUNEN

- 34 Hoch hinaus!
- 35 Das „kalte“ Nahwärmenetz
- 36 Ein Gesetz zahlt sich aus
- 37 Aktuelle Meldungen

## ZUM TITELFOTO



Um die Infektionsgefahren in öffentlichen Toiletten drastisch zu minimieren, setzt Hering Sanikonzept, ein auf die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Toilettenanlagen spezialisiertes Unternehmen, auf hochwertige Materialien und modernste Reinigungssysteme. Seiten 38/39

## MODERNE REINIGUNG

- 38 Sauber können wenn man muss
- 40 Reinigung mit Gottes Segen
- 41 Sauberstes Flottenmanagement

## AUSSENANLAGEN

- 42 Ein ganz persönliches Denkmal
- 43 Drei Größen flexibel zur Miete
- 44 Minis kommen groß heraus
- 46 Aktuelle Meldungen
- 47 Was ist verboten, was ist erlaubt?

## DEMOPARK

- 48 Rasen als bestes Schul-Beispiel
- 49–55 Neuheiten auf der Demopark

## FUHR- UND MASCHINENPARK

- 56 Ohne Planken an den Flanken
- 57 Jahrzehntelang bewährter Lastesel
- 58 645 neue Sterne für die Polizei
- 59 Auf Kommando hupt das Auto
- 60 Kran für allerhöchste Ansprüche
- 61 Volle Power im Kompaktformat
- 62 Weltpremiere für Generation Six
- 64 Heimweghilfe auf Knopfdruck

## 65 VORSCHAU KBD 7–8/2015

## 66 A–Z FÜR DIE KOMMUNALE BESCHAFFUNG

## 67 ANTWORTSCHEIN

## IMPRESSUM

### KBD Kommunalen Beschaffungs-Dienst

erscheint im Verlag Dieter A. Kuberski GmbH  
Postfach 10 27 44, 70023 Stuttgart  
Tel. 0711/238 86-0

**Herausgeber:**  
Dieter A. Kuberski

**Objektleitung,**  
**Produkt-/Firmennachrichten:**  
Norbert Müller  
Tel. 0711/238 86-11  
n.mueller@kbdonline.de

**Anzeigen:**  
Matthias Baier  
Tel. 0711/238 86-21  
anzeigen@kbdonline.de

**Druckunterlagen:**  
Renate Werland, r.werland@kbdonline.de  
Es gilt Preisliste Nr. 35, gültig ab 1.1.2015

**Redaktion:**  
Florian Peter  
redaktion@kbdonline.de

**Layout:**  
Ruprecht & Ulrich Wassmann GbR  
u\_wassmann@t-online.de

**Druck:**  
Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG  
Zeppelinstr. 116, 73730 Esslingen

**Erscheinungsweise:**  
10-mal im Jahr; 35. Jahrgang

**Abogebühren:**  
€ 44,- pro Jahr

Druckauflage 11.100 Exemplare  
ISSN 0930-6439



Angeschlossen der Informations-Gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern. – Sicherung der Auflagenwahrheit.

# Spezialisiert aufs Alleskönnen.

Varianten in Serie: der neue Vito für den Kommunaleinsatz.

Der neue Vito lässt sich perfekt an Ihre Aufgaben anpassen. Mit seinen drei Modellvarianten, drei Fahrzeuglängen, wahlweisem Vorder-, Hinter- oder Allradantrieb und optionalem BlueEFFICIENCY-Paket spart er nicht an Möglichkeiten, sondern nur am Verbrauch. Mehr Infos unter [www.mercedes-benz.de/kommunal](http://www.mercedes-benz.de/kommunal)



Integration

# „Wir müssen Ängste abbauen“

**Die deutschen Städte halten es für dringend geboten, die Akzeptanz für die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern weiter zu fördern und Ängste der Bevölkerung abzubauen. In den Kommunen gibt es eine sehr große Hilfsbereitschaft und die Toleranz gegenüber den Menschen, die in Not mit ihren Familien nach Deutschland kommen, ist vor Ort meist sehr hoch. Die Aufnahme und Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die neben finanziellen auch zunehmend die moralischen Ressourcen unserer Gesellschaft fordert. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetags, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, deutlich.**

„Weltoffenheit und Toleranz statt Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sind Menschenpflicht und für unsere modernen Stadtgesellschaften elementar. Deshalb engagieren sich die Städte in hohem Maße, Asylbewerber und Flüchtlinge aus Krisengebieten zu versorgen und in die Stadtgesellschaft zu integrieren und deshalb werben die Städte für Toleranz gegenüber den Menschen, die in der Not zu uns kommen“, sagte Maly. Angesichts des Todes zahlloser Flüchtlinge bei der Überfahrt nach Europa ergänzte er: „Den Flüchtlingstragödien im Mittelmeer muss ein schnelles Ende bereitet werden. Wir fordern Bund und Europäische Union auf, alles zu tun, um dies zu erreichen.“

Wegen steigender Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen sind Länder und Bund aufgefordert, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um den Städten umfassend und langfristig bei der Unterbringung, der Versorgung und der Integration der Menschen zu helfen. Ein Dauerstreit von Bund und Ländern über Kosten ist wenig hilfreich. Stattdessen sind schnelle und grundlegende Lösungen nötig. „Da es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt, ist der Bund gefordert, sich systematisch und dauerhaft an der Finanzierung zu beteiligen, über die beschlossenen Bundesmittel hinaus“, so Maly. An die Länder appelliert der Deutsche Städtetag, die bewilligten Gelder von jeweils 500 Mil-

lionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 auch vollständig den Kommunen zugute kommen zu lassen und außerdem die tatsächlich anfallenden Kosten in den Kommunen zu übernehmen. Bislang gebe es nur in den wenigsten Ländern eine wirklich befriedigende und faire Kostenübernahmeregelung für die Aufwendungen der Städte.



*Städtetagspräsident Ulrich Maly sieht die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.*

Es ist nach Auffassung des Deutschen Städtetags nötig, dass diejenigen Länder, die ihren Städten die Kosten für die Unterbringung nur unzureichend erstatten, deutlich nachbessern. Zum anderen bedarf es eines größeren Engagements des Bundes im Integrationsbereich. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen muss es ein, soziales Konfliktpotenzial, etwa auf den Wohnungsmärkten von vorneherein zu vermeiden.

Städtetagspräsident Maly sagte: „Bund und Länder dürfen die Städte nicht im Regen stehen lassen. Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen, die vor Krieg

oder politischer Verfolgung geflohen sind, gehört nicht nur zu unserer humanitären Verantwortung. Wenn mehr Menschen kommen, muss auch mehr Wohnraum geschaffen werden. Und da viele Flüchtlinge länger bleiben, stellt sich neben der möglichst schnellen Unterbringung und Versorgung für die Städte elementar die Frage nach der Integration der Menschen etwa in das Bildungssystem oder den Arbeitsmarkt. Deshalb brauchen wir mehr und gezieltere Sprach- und Integrationskurse, und Sprachkurse müssen möglichst bald nach der Ankunft der Menschen beginnen. Die Länder müssen zusätzliche Mittel für Betreuungsplätze in Kitas bereitstellen und eine bessere Förderung für Flüchtlingskinder in den Schulen gewährleisten. Auch bei der Gesundheitsversorgung der Flüchtlingsfamilien besteht großer Nachholbedarf.“

Mit Blick auf die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber hält der Deutsche Städtetag die mietfreie Überlassung von bundeseigenen Immobilien an die Länder beim Ausbau von Aufnahmeeinrichtungen für hilfreich und wichtig. Angesichts der besonders schwierigen Unterbringungssituation in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten ist es nach Einschätzung der Städte allerdings nötig, dass Bund und Länder den Bau oder die Einrichtung neuer Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber durch gezielte Förderprogramme stärker unterstützen.

„Denn die langfristige Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen geht auch Bund und Länder an. Es ist wichtig zu vermeiden, dass Flüchtlinge mit bereits hier lebenden Geringverdienern auf angespannten Wohnungsmärkten konkurrieren. Das wäre sozialer Sprengstoff. Für ein verträgliches Miteinander der Menschen ist außerdem nötig, dass die Landeseinrichtungen die Kommunen möglichst frühzeitig und umfassend darüber informieren, wie viele Menschen aus welchem Herkunftsland, wann mit welchen Gesundheitsproblemen und Schutzbedürfnissen kommen“, sagte der Städtetagspräsident.

25 Jahre freie Kommunalwahlen im Osten

## Rathäuser mit Leben gefüllt



WIKIPEDIA

Seit 25 Jahren darf in Ostdeutschland (hier Magdeburg mit Elbufer und Dom) gewählt werden – die Rathäuser wurden mit Tatkraft und Ideenreichtum gefüllt.

**Die ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 sind im Gedächtnis vieler Bürgerinnen und Bürger fest verankert. Dieses historische Ereignis markierte den Neubeginn der kommunalen Selbstverwaltung in Ostdeutschland, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Dr. Stephan Articus: „Das Recht, die Angelegenheiten vor Ort in eigener Verantwortung zu regeln, haben viele neu gewählte Stadt- und Gemeinderäte und viele Engagierte in Rathäusern mit Tatkraft und Ideenreichtum vor 25 Jahren mit Leben gefüllt. Sie haben damals begonnen, das Gemeinwesen demokratisch zu gestalten – viele von ihnen über lange Jahre hinweg.“**

Die Erfolge nach 25 Jahren seien weithin sichtbar: sanierte Innenstädte, moderne Krankenhäuser und städtische Dienstleistungen, neuangesiedelte Betriebe, restaurierte historische Bauten. Insgesamt hätten sich die Angebote und die Lebensbe-

dingungen für die Bevölkerung deutlich verbessert, bilanzierte Articus. Allerdings kämpfen eine Reihe von ostdeutschen Städten und Regionen weiter mit spezifischen Nöten. Als Beispiele nannte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages die nach wie vor geringe eigene Steuerkraft, die starke Abhängigkeit von staatlichen Zuweisungen und teilweisen Leerstand. Auch in Ostdeutschland bestehe zudem weiter Investitionsbedarf in der Infrastruktur, etwa im Verkehrsreich und bei Schulen.

Angesichts von sinkender Wahlbeteiligung sei das Jubiläum 25 Jahre freie Kommunalwahlen ein guter Anlass, um deutlich zu machen: „In unserem Staat steht die kommunale Ebene den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Soziale Dienstleistungen, öffentlicher Nahverkehr, Bildungs-, Sport- und Kulturangebote, Wasser- und Energieversorgung werden vor allem von den Städten zur Verfügung gestellt. Das Interesse an der Kommunalpolitik wächst mit dem Grad der Betroffen-

heit. Deshalb sind die Städte auch zu Vorreitern der Bürgerbeteiligung geworden mit weitreichenden Beteiligungsmöglichkeiten. Auf der anderen Seite bleiben Wahlen aber das urdemokratische, zentrale Verfahren, um Interessen zu bündeln. Wählen zu gehen ist elementar für ein demokratisches Gemeinwesen“, betonte Articus.

Damit Städte handlungsfähig bleiben, brauchen sie ausreichenden Gestaltungsspielraum, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages: „Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung muss stets verteidigt werden. Der aktuelle Versuch einiger Länder, auf die demografische Entwicklung durch den Entzug der Kreisfreiheit von Städten zu reagieren, hilft den Regionen nicht. Die Städte sind Standort der Wirtschaft und für Bildungs-, Gesundheits- und Kulturangebote, die weit über die Stadtgrenzen hinaus ausstrahlen. Deshalb müssen die Städte als Ober- und Mittelzentren gestärkt werden.“

## Stihl legt 2014 um 5,9 Prozent zu

„Mit 2,98 Milliarden Euro erzielte die **Stihl-Unternehmensgruppe**, Waiblingen, im Jahr 2014 erneut einen Umsatzrekord, trotz internationaler Krisen und negativer Währungseinflüsse“, sagte der



Stihl-Vorstandsvorsitzende Dr. Bertram Kandziora bei der Bilanz-Pressekonferenz des Unternehmens (Foto). Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr betrug 5,9 Prozent. Ohne die Wechselkurseinflüsse hätte das Wachstum sogar 8,7 Prozent betragen. Der Auslandsanteil am weltweiten Umsatz lag bei 89,4 Prozent. Der Personalstand stieg um 3,3 Prozent auf 14.297 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gruppe. Die Eigenkapitalquote beträgt 70 Prozent und die Liquidität ist hoch. Grundsätzlich werden wie bisher alle Investitionen des Konzerns mit eigenen liquiden Mitteln finanziert. „Trotz eines noch stärkeren Einflusses der internationalen Krisen erwarte ich für das laufende Jahr moderates Wachstum“, so Kandziora. Besonders stark zulegen konnte das Unternehmen in Nordamerika. Im 40. Jahr ihres Bestehens hat Stihl Inc., Produktions- und Vertriebsgesellschaft in den USA, Stihl als meistverkaufte Marke von benzinbetriebenen und handgetragenen Motorsägen und Motorgeräten in den USA weiter gefestigt. In Lateinamerika konnten Brasilien und Mexiko überdurchschnittlich zulegen. Die Märkte in Argentinien und Venezuela wurden hingegen durch massive Importrestriktionen stark beeinträchtigt. Die großen Märkte in Westeuropa verzeichneten sehr gute Zuwächse; auch in Osteuropa wurden überwiegend Absatzsteigerungen erzielt. Davon ausgenommen waren die Ukraine und Russland mit einer anhaltend schwachen Nachfrage aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Verkäufe in Asien und Ozeanien lagen vorwiegend über dem Vorjahresniveau.

Kennwort: **Stihl**

## Zarges-Boxen auf großer Fahrt

Im Mercedes-Benz-Museum in Stuttgart fiel jetzt der Startschuss zu einer ganz besonderen Wanderausstellung: Schon bald tourt „Otto“, ein ganz besonderer Mercedes 300 GD, durch ganz Europa. Das Auto hat fast 900.000 Kilometer auf dem Tacho und war mit seinem Besitzer Gunther Holtorf (Fotos) in den vergangenen 26 Jahren in allen Ländern, die mit einem Fahrzeug zu erreichen sind. In der Ausstellung wird Otto genau so stehen, als habe Holtorf ihn gerade für eine Übernachtung vorbereitet: Mit gemachtem Bett und offener Küche am Heck. Über die Jahre hatte der inzwischen 77-Jährige sein Auto immer weiter optimiert. Jeder noch so kleine Stauraum wurde genutzt, speziell gefertigte Taschen, Haken und Bänder sicherten die Ladung auch auf den ruppigsten Pisten. Viele Teile der Ausrüstung und der 400 mitgeführten Ersatzteile waren in Boxen von **Zarges**, Weilheim,



auf dem Dach verstaut. Wie viele Globetrotter setzte Holtorf bei seiner Ausrüstung auch auf die robusten und langlebigen Aluminium-Kisten des Unternehmens. Seit vielen Jahrzehnten kommen diese immer dann zum Einsatz, wenn Material oder Ausrüstung gut geschützt und transportiert werden muss. Neben der Langlebigkeit ist es vor allem die hohe Stabilität, die die Zarges-Kisten und -Boxen auszeichnet.

Kennwort: **Zarges**

## JCB spendet Maschinen für Erdbebengebiet in Nepal

Kurz nach Bekanntwerden des Erdbebens in Nepal schickte der britische Baumaschinenhersteller **JCB** Baggerlader und Stromgeneratoren im Wert von 1 Million US-Dollar auf den Weg in das Erdbebenge-



biet, um Soforthilfe zu leisten (Foto). Zehn Baggerlader sind inzwischen im Hilfseinsatz der nepalesischen Armee innerhalb der am schwersten betroffenen Gebiete. Angesichts der Naturkatastrophe in Nepal äußert Lord Bamford, der JCB-Vorstandsvorsitzende, seine Betroffenheit: „Es ist schockierend zu sehen, welche Verwüstung dieses Erdbeben verursacht hat und welche Schäden nun entstanden sind. Im Namen von JCB möchte ich jedem, der von der Katastrophe betroffen ist, meine herzliche Anteilnahme ausdrücken. JCB wird der nepalesischen Regierung in jeder Weise helfen und zur Seite stehen.“ Der nepalesische JCB-Händler MAW Enterprises Pvt Ltd. hat die JCB-Baggerlader sofort zur Verfügung gestellt. Aktuell helfen die Baggerlader bei den nötigen Aufräumarbeiten nach dem Erdbeben mit der Stärke 7,8 auf der Richter-Skala. Innerhalb der kommenden Wochen und Monate beteiligen sich die gespendeten Maschinen dann am Wiederaufbau in der Region. JCB unterstützt seit vielen Jahren Länder und Regionen, die von Naturkatastrophen betroffen sind. So lieferte der britische Hersteller Maschinen und Generatoren im Wert von 500.000 US-Dollar auf die Philippinen: nachdem 2013 der Taifun Haiyan Zerstörungen verursacht hatte. Ebenso spendete JCB nach dem Erdbeben in China 2008 und 2010 auf Haiti Maschinen für den Wiederaufbau. Auch nach dem verheerenden Tsunami 2004 gingen Maschinenlieferungen nach Südbindien, Sri Lanka und Indonesien.

Kennwort: **JCB**